

## Verwirrte Frau aufgegriffen

56-Jährige aus Nittendorf galt seit 28. Februar als vermisst

**Regensburg** – Vor 14 Tagen verschwand die 56-jährige Silvia K. aus dem Kreis Regensburg spurlos, jetzt ist sie wieder aufgetaucht: In einem Wald bei Bad Belzig in Brandenburg wurden Passanten am Mittwoch auf die Frau aufmerksam, weil sie laut um Hilfe gerufen hatte. Sie kam sofort in ein Krankenhaus. Seit dem 28. Februar beschäftigt der Fall der verschwundenen Hausfrau und dreifachen Mutter die Polizei in Nittendorf. Sie hatte sich an jenem Tag noch für den Abend mit ihrem Ehemann verabredet, einen Topf auf den Herd gesetzt, um Essen zu kochen, ließ dann aber urplötzlich alles stehen und liegen und fuhr mit dem Auto nach Berlin. Die Frau hatte sich bereits seit längerem merkwürdig verhalten, sich mit Ahnenforschung beschäftigt und wollte deshalb in die Bundeshauptstadt. Etwa 50 Kilometer vor Berlin ging ihr der Sprit aus. Sie ließ das Auto zurück und irrte dann vermutlich hilflos umher. Vermutlich versuchte sie zu Fuß nach Bayern zu gelangen. Sie hielt sich über zwei Wochen lang entlang der Autobahn A 9 auf, bat in Raststätten um Kaffee, war aber offenbar zu verwirrt, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. An verschiedenen Autobahnraststätten war die Frau aufgefallen, doch niemand hatte die Polizei verständigt. *wim*

## Marktredwitz plant Straßenheizung

**Marktredwitz** – Es klingt exotisch: Der Stadt Marktredwitz in Oberfranken schwebt eine Straßenheizung vor, um im Winter Eis und Schnee auf der Fahrbahn zum Schmelzen zu bringen. Derzeit läuft eine Studie, um zu erforschen, ob die Aufheizung von Straßen via Erdwärme möglich ist. Das Projekt sei deutschlandweit einmalig, bestätigte der Bundesverband Geothermie. „Das ist absolut realistisch“, sagte die Marktredwitzer OB Birgit Seelbinder (SPD) zu den Plänen, die sie zusammen mit der Energieagentur Nordbayern verwirklichen will. Das Projekt sieht laut Seelbinder vor, mit Wärme aus dem Erdinneren die Straßenoberfläche im Winter eisfrei zu halten. *dpa*

## Beamter mit Hörschaden

Manfred H., Protokollbeamter in der Münchner Staatskanzlei, dürfte das Oktoberfest 2009 der Bayerischen Vertretung in Berlin nicht in wirklich guter Erinnerung haben. Der 52-Jährige hatte seinerzeit den dienstlichen Auftrag erhalten, bei der Eröffnung des Festes Fotos zu machen. Damit alles so ist wie beim Original auf der Münchner Theresienwiese, marschierte er auf dem Festplatz vor dem Roten Rathaus in Berlin-Mitte auch eine Gebirgsschutzkompanie auf. Zum Leidwesen von Manfred H. Denn während er fotografierte, legten hinter ihm die Gebirgsschützen ihre Karabiner an und feuerten Salut. Die Folge: Manfred H. klagt seither über ein Knalltrauma und verlangt, dass ihm der erlittene Gehörschaden als Dienstunfall angerechnet wird.

Am Mittwoch kam es deshalb zur Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht München. Die Causa rage aus der Masse ähnlicher Fälle, die vor seiner Kammer verhandelt werden, heraus, meinte Richter Dietmar Zwergner. Manfred H. hatte von seinem Dienstherren, dem Freistaat Bayern, 3698,44 Euro als Vorschuss für die Behandlung seines Gehörschadens erhalten. Das Geld hätte er zurückerstatten sollen. Doch dagegen hatte er Widerspruch eingelegt. Manfred H. kam auch nicht zu der Verhandlung. Er befindet sich in stationärer Behandlung, aber nicht wegen der vorliegenden Angelegenheit, teilte sein Anwalt mit.

Was anschließend ein HNO-Professor des Klinikums Großhadern, der Manfred als Sachverständiger untersucht hatte, vortrug, dürfte dem Anwalt des Protokollbeamten gar nicht gefallen haben – und auch Manfred H. nicht. Der Mediziner hatte nämlich festgestellt, dass das „Knallereignis“ – gemeint waren die Salutschüsse – unmöglich Ursache für den Gehörschaden des Klägers sein könne. Der Hörschaden habe erst Ende September 2009 „in voller Ausprägung“ vorgelegen. Das hätten Hörtests ergeben. Ein Urteil steht noch aus. *sal*

Die Staatsregierung will – ungeachtet aller Proteste von Naturschützern und Fischern – die Energieerzeugung aus Wasserkraft weiter ausbauen

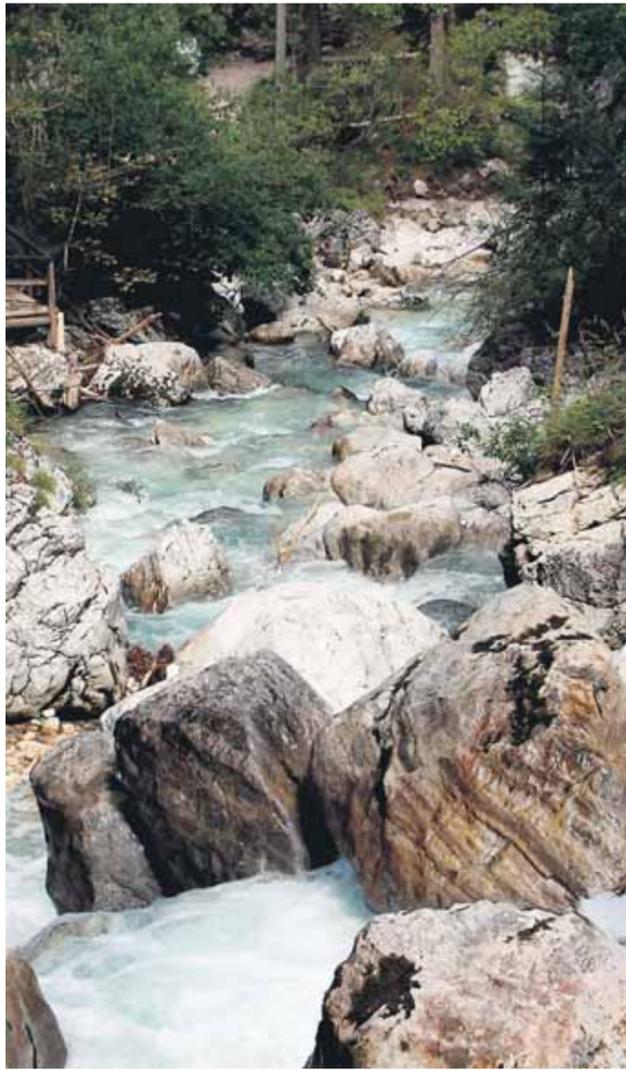
Von Christian Sebald

**München** – Jetzt wittern die Stromkonzerne Morgenluft: Jahrelang haben sie Druck auf die Staatsregierung gemacht, damit sie den Ausbau der Wasserkraft erleichtert – vergeblich. Nun, im Zeichen der Energiewende, werden sie erhört. Am Freitag veranstaltet Umweltminister Marcel Huber (CSU) in München das erste „Forum Ökologische Wasserkraft“. Auf ihm geht es darum, in welche Bäche und Flüsse man noch kleine und größere Kraftwerke hineinstellen kann. „Wir begrüßen die Initiative“, sagt Eon-Manager Christoph Gattermann, der Chef von Eon Wasserkraft. „Wir erwarten, dass der Ausbau der Wasserkraft nun vorankommt.“ Die Umweltschützer sind empört. „Das Umweltministerium verkommt zum Wasserkraftministerium“, schimpft Richard Mergner vom Bund Naturschutz. „Unter dem Deckmantel des Atomausstiegs sollen die letzten unverbauten Bäche und Flüsse in Bayern zerstört werden.“

Bei der Wasserkraft ist es wie bei der Windkraft: Wo immer eine neue Anlage entstehen soll, ist der Widerstand massiv. So am Lech im Augsburgener Stadtwald, wo Eon in eine Sohlschwelle eine Turbine hineinstellen will, die Wasserstrom für 10 000 Haushalte produziert. Sofort hat eine Bürgerinitiative 10 000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. Schließlich ist der Augsburgener Stadtwald das größte Naturschutzgebiet der Stadt und Trinkwasserschutzgebiet.

Es gibt freilich einen – viele Experten sagen entscheidenden – Unterschied zwischen der Wasserkraft und den anderen erneuerbaren Energien: Mit einem Anteil an der Stromproduktion von 15 Prozent ist ihr Potential nahezu erschöpft. Selbst das Energiekonzept der Staatsregierung spricht davon, dass ihr Ausbau nur ein Plus von zwei Prozentpunkten bringt. „Für so ein Minimum dürfen wir nicht unsere letzten unverbauten Bäche und Flüsse opfern“, sagt BN-Mann Mergner. „Neun von zehn einheimischen Fischarten sind vom Aussterben bedroht.“

In Bayern stehen 4250 Wasserkraftwerke, das sind so viele wie in keinem anderen Bundesland. Sie produzieren 13 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr, 2022 sollen es einmal knapp 15 Milliarden



Der Zaubervald am Hintersee zählt zu den schönsten Geotopen Bayerns. Ausgerechnet hier will ein Investor nun ein Wasserkraftwerk bauen. Foto: Ifu/oh

# Bis zum letzten Bächlein

den Kilowattstunden Wasserstrom sein. Der Preis dafür ist hoch: Bereits jetzt werden 4000 Anlagen weit mehr als 90 Prozent der Stromerzeugung genutzt. Vor allem die Kleinkraftwerke bis zu 1000 Kilowatt Leistung sind sehr umstritten. Sie produzieren gerade mal acht Prozent des Wasserstroms, machen aber mit ungefähr 4000 Anlagen weit mehr als 90 Prozent der Kraftwerke aus. „Es sind die schier unzähligen Kleinkraftwerke, welche der Fischwelt und der Gewässerökologie den großen Schaden zufügen“, sagt Manfred Braun, Präsident des Landesfischereiverbands und ebenfalls Gegner des Wasserkraft-Ausbau.

Umweltminister Huber kennt die Argumente natürlich alle. Gleichwohl hält er an den Ausbauzielen fest. „Die Wasserkraft ist die bisher einzige erneuerbare Energie, die rund um die Uhr funktioniert, 365 Tage im Jahr“, sagt er. „Sie ist ein wichtiges Element im künftigen Energiemix.“ Unter einer Voraussetzung: „Sie darf nur dort ausgebaut werden, wo

das ökologisch verträglich geschehen kann“, sagt Huber. Deshalb plant er – analog zur Windkraft – einen Wasserkraft-Erlass und eine Gebietskulisse Wasserkraft, die definieren, wo der Ausbau möglich ist und wo nicht. Das „Forum Ökologische Wasserkraft“, zu dem Stromkonzerne ebenso eingeladen sind wie Umweltverbände, soll der erste Schritt dazu sein.

Für die Stromkonzerne ist die Marschrichtung schon klar. „Wir erwarten, dass die Wasserkraftstrategie auf allen behördlichen Ebenen umgesetzt wird“, sagt Eon-Manager Gattermann. Bei den Umweltverbänden und bei den Fischern dürfte Huber auf Granit beißen. „Statt mit extrem hohem Aufwand seine Wasserkraft-Strategie zu forcieren, sollte Huber eine Stromspar-Kampagne starten“, sagt BN-Mann Mergner. „Wenn man konsequent Strom spart, kann man den Verbrauch um 40 Prozent verringern. Da sind die zwei Prozent Plus bei der Wasserkraft doch lächerlich.“

## Frevel im Zaubervald

Pläne für ein Kleinkraftwerk lösen Empörung aus

An keinem Ort lässt sich derzeit der Streit um die Wasserkraft so gut studieren wie im Zaubervald am Hintersee im Berchtesgadener Land. Der Zaubervald ist eines der schönsten Geotope Bayerns, ein Naturschutzgebiet ersten Ranges, das an der Grenze zum Nationalpark Berchtesgaden liegt. Noch heute kann man hier zahlreiche Hunderte Tonnen schwere Felsblöcke bewundern, die sich einst bei einem gigantischen Bergsturz vom Hochkalter gelöst haben und 1300 Meter tief ins Tal gedonnert sind. Zwischen den Felsblöcken wächst ein märchenhafter Bergmischwald.

Ausgerechnet hier, am Auslauf des Hintersees, will nun die Wasserkraft Hintersee GbR ein Kleinkraftwerk bauen. Die Turbine des Kraftwerks

wird nur 47 Kilowatt Leistung haben – weniger wie der Motor eines Kleinwagens. Dafür soll aber eine hundert Meter lange Trasse für eine Leitung in den Bergwald geschlagen und auf Dauer frei gehalten werden. Durch die Leitung werden einmal 90 Prozent des Wassers aus dem Seeauslauf zu der Turbine geleitet. Im Gebirgsbach wird kaum noch Wasser sein, mit allen Folgen für Flora und Fauna.

Naturschützer empört besonders, dass ein Gesellschafter der Wasserkraft Hintersee GbR ausgerechnet der Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes Traunstein ist, der für die Region am Hintersee zuständig ist. Deshalb wurde bereits eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Mann eingereicht. *cvs*

## Beim Internet hinkt Bayern hinterher

Trotz Millioneninvestitionen ist der Freistaat offenbar meilenweit davon entfernt, die bundesweiten Ausbauziele bald zu erreichen

Von Mike Szymanski

**München** – Entgegen aller Erfolgsmeldungen aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium hinkt der Freistaat beim Ausbau des schnellen Internets hinterher. Wie ein Sprecher von Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) der *Süddeutschen Zeitung* sagte, verfügten derzeit nur etwa 30 Prozent der Haushalte in Bayern über Internetverbindungen, die Geschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde und mehr erlaubten. Nur solche Verbindungen gelten aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit noch als zukunftsfähig. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2014 bundesweit 75 Prozent der Haushalte an solche Netze angeschlossen zu haben, flächendeckend soll dies bis 2018 erreicht werden.

Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer hat sich bereits am Montag nach der Sitzung des Parteivorstands darüber beschwert, dass zu wenig vorangehe: „Der Bund hat Ziele formuliert.

Aber es ist nicht erkennbar, wie diese Ziele erreicht werden sollen.“ Ernüchternd sind die Ergebnisse in Bayern – auch wenn die Meldungen zunächst einen Erfolg vermuten lassen. Nach Angaben von Wirtschaftsminister Zeil hat Bayern im vergangenen Jahr eine Versorgungsrate von 98,5 Prozent bei Verbindungen mit ei-

Derzeit tobt ein Streit der Koalitionsparteien über die Ausbaustrategie.

nem Megabit pro Sekunde und mehr erreicht. Lediglich 100 000 Haushalte in Bayern verfügten noch nicht über einen sogenannten Breitbandanschluss. Zwar kann Bayern damit fast flächendeckend eine Versorgung mit Internet vorweisen – jedoch den teils schon heutigen und künftigen Anforderungen sind sie kaum mehr gewachsen. Auch Seehofers Beratergremium Zukunftsrat kam jüngst in seinem

Gutachten zu dem Ergebnis, eine solche Leistung würde „in absehbarer Zeit nicht mehr den Ansprüchen der Wirtschaft, aber auch mancher Privathaushalte genügen“. Ausgerechnet der Freistaat selbst hat in den vergangenen Jahren bei seiner Breitband-Offensive mehr als 100 Millionen Euro für Ausbauprojekte ausgegeben, die zu 90 Prozent die neuen Geschwindigkeiten noch nicht ermöglichen. Ende 2011 ist das bayerische Förderprogramm ausgelaufen.

Derzeit streiten die Koalitionspartner in Bayern darüber, wie ein neues Förderprogramm aussehen könnte, das auch die Fehler des alten behebt. Wirtschaftsminister Zeil will in den kommenden fünf Jahren 100 Millionen Euro für den Aufbau leistungsfähiger Glasfasernetze ausgeben. Allerdings sollen nur strukturschwache Regionen in den Genuss der Förderung kommen und solche, die unter dem Abzug von Bundeswehrstandorten besonders leiden. Es kursieren Kartentwürfe, nach denen das Geld fast aus-

schließlich in den Nordosten des Freistaates fließen soll. Seehofer sagt, es sei nicht verkehrt, bei den Schwächsten anzufangen. Widerstand kommt aus der CSU-Fraktion. Dort beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit einem eigenen Konzept. Wirtschaftsminister Erwin Huber sagt: Datenautobahnen seien der Weg in die Zukunft. „Die CSU als Volkspartei will dem ganzen Land diese Zukunft eröffnen. Die Fixierung von Zeil auf eine kleine Förderkulisse ist unverständlich, rückständig und politisch naiv.“

Der Ausbau ist vor allem eine Frage des Geldes. Bayern flächendeckend mit Glasfasernetzen auszustatten, kostet zwischen 15 und 20 Milliarden Euro. Aus Zeils Sicht sind zunächst Bund und Wirtschaft gefordert. In der CSU würde man sich dagegen gerne an die Spitze der Bewegung setzen. In einem Konzeptpapier für die Fraktion heißt es: „Eine bayerische Superbreitbandstrategie wäre auch ein starkes Signal in Abgrenzung zu den politischen Wettbewerbern.“

## 32 000 Unterschriften sollen Druck machen

Für eine Absage an Studiengebühren hat die SPD-Landtagsfraktion ein Zehntel aller Studierenden mobilisieren können

**München** – 32 000 Unterschriften für eine Massenpetition gegen Studiengebühren hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen Monaten gesammelt. Am heutigen Donnerstag wird die Abgeordnete Isabella Zacharias zusammen mit Studenten die Listen an Landtagspräsidentin Barbara Stamm übergeben. Zacharias, hochschulpolitische Sprecherin der SPD, zeigt sich zufrieden: „32 000 Unterschriften, das sind zehn Prozent aller Studierenden und mehr, als wir vor zwei Jahren gegen den Atomausstieg erreichten. Ich sehe darin ein klares Signal, dass die Menschen in Bayern Studiengebühren als unsozial und ungerecht empfinden.“ Der Freistaat müsse seine Hochschulen angemessen ausstatten und die finanziellen Voraussetzungen für eine gute Lehre schaffen. Daher müsse „selbstverständlich jeder Euro, der den Hochschulen nach dem Ausstieg aus den Studiengebühren fehlt, aus dem Staatshaushalt ersetzt werden – mindestens“.

Nach dem Sieg von Grün-Rot in Baden-Württemberg waren im Sommer 2011 alle Oppositionsparteien in Bayern gegen Studienbeiträge – sie betragen an den meisten Hochschulen 500 Euro – aktiv geworden. Die Piratenpartei hatte zuerst eine Initiative für ein Volksbegehren gestartet.



Immer wieder protestieren Studenten in Bayern gegen Studiengebühren. Sämtliche Oppositionsparteien unterstützen sie dabei. Foto: dpa

25 000 Unterschriften sind dazu nötig, nach Angaben des Sprechers hat man bis jetzt 17 000 gesammelt. „Als kleine Partei können wir nicht überall Infostände aufstellen. Aber wir werden im Sommer wieder in ganz Bayern aktiv werden.“

Die Freien Wähler (FW) haben für ihr Volksbegehren bis jetzt rund 20 000 Unterschriften beisammen. Sie fordern ein beitragsfreies Erststudium, wollen aber Verwaltungsgebühren zulassen, um das Volksbegehren verfassungsrechtlich abzusichern, denn eine Abstimmung über Haushaltsfragen ist nicht zulässig. Studienbeiträge selbst gehen aber direkt an die Hochschulen, seien daher nicht haushaltsrelevant, sondern Körperschaftssache, meint Michael Piazolo, Hochschulexperte der FW. Er glaubt, die Gebühren seien nach wie vor „ein hochemotionales Thema“, das im Wahlkampf eine Rolle spielen werde. „Das wird sicher schon im Sommersemester wieder aufgegriffen, auch wenn die Hochschulen jetzt alles dafür tun werden, die hohen Restmittel auf ihren Konten abzubauen.“ Die ÖDP hat Popularklage beim Verfassungsgericht gegen die Gebühren eingereicht, weil diese vielfach nicht der Verbesserung der Lehre dienen. *Martina Scherf*

## Landtags-Streit um Digitalfunk

**München** – Regierung und Opposition streiten sich über den Aufbau des Digitalfunks in Bayern. Innenstaatssekretär Gerhard Eck sprach am Mittwoch von Fortschritten, SPD und Freie Wähler kritisierten diese indes als zu langsam. „Die geforderte flächendeckende Einführung ist eine von Misserfolgen geprägte, unendliche Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen“, erklärte die kommunalpolitische Sprecherin der Landtags-SPD, Helga Schmitt-Bussinger. Der Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) hätte schon zur Fußball-WM 2006 in Betrieb sein sollen. Zuvor hatte Eck angekündigt, dass bis Ende 2012 die Hälfte der für den neuen Einsatzfunk erforderlichen rund 945 Send- und Empfangsstationen fertiggestellt sein werde. Mehr als 250 Standorte seien bereits aufgebaut. Die Polizei in München bereite die vollständige Umstellung auf den Digitalfunk in diesem Jahr vor. Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Raum München arbeiteten ebenfalls daran. 2013 soll dann Mittelfranken folgen. *dapd*

## Bafög-Mittel fast ganz ausbezahlt

**München** – Überraschende Entwarnung gab es am Mittwoch vom Wissenschaftsministerium bei den Bafög-Anträgen: Nach einer aktuellen Abfrage der zuständigen Ämter seien inzwischen bis auf 20 alle zum Anfang des Wintersemesters gestellten Anträge bearbeitet, sagte ein Sprecher des Ministeriums im Hochschul-ausschuss des Landtages. Die Studierenden hätten ihr Geld erhalten. Vor kurzem hieß es noch, dass 3000 Studierende in ganz Bayern auf Nachricht vom Bafög-Amt warteten. Dies hatte großen Unmut unter den Studenten ausgelöst und SPD und Freie Wähler im Landtag zu Dringlichkeitsanträgen veranlasst. „Dass der ganze Wirbel offensichtlich unbegründet war, liegt nicht an uns“, sagte Michael Piazolo (Freie Wähler) gestern im Anschluss an die Sitzung. „sondern einzig und allein am Ministerium.“ Dort fehle es offenbar an der nötigen Sensibilität für das Thema. Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) hatte Anfang der Woche gekontert, das Personal sei mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang um zehn Prozent aufgestockt worden. Studierende sollten ihre Anträge möglichst frühzeitig stellen. Bei vielen Anträgen zu Semesterbeginn seien auch Vorschusszahlungen bei Erstanträgen möglich. *mse*